

## „Der Frieden ist wichtiger als meine Wiederwahl“ – Hoffnung auf ein Ende des Konflikts mit der FARC in Kolumbien

### - eine politische Analyse

Mit diesen Worten wird der kolumbianische Präsident Santos in einem Interview der kolumbianischen Wochenzeitschrift „Semana“ zitiert. Die kolumbianische Gesellschaft schwankt im September 2012 zwischen Bangen (vor allem die ältere Generation, die schon einige gescheiterte Verhandlungserfahrungen hinter sich hat) und Hoffnung (vor allem die jüngere Generation, die die Traumata ihrer Eltern nur zu gut kennt). Man redet in Kolumbien im September 2012 von Versöhnung, von Frieden und hier und da auch von Vergebung. Eine wirklich berührende Erfahrung in einem Land, welches seit über 50 Jahren vom „Konflikt“ zerrissen wird. (Hintergründe siehe im Bericht „Informationen zur Geschichte und zu den Akteuren des „Konflikts“ in Kolumbien)

Und es tut manchem Kolumbianer gut, Politiker zu erleben, die den Mut zum Risiko haben, ohne vorher zu wissen wie die Verhandlungen zwischen kolumbianischer Regierung und FARC Guerilla ausgehen werden. O-Ton Präsident Santos: „Es gibt Momente in der Geschichte, in denen das Staatsoberhaupt sich entscheiden muss neue Wege zu gehen um die fundamentalen Probleme seiner Nation zu lösen. Dies ist einer dieser Momente. Ohne Zweifel ist ein Risiko vorhanden, aber ich denke, dass die Geschichte viel unerbittlicher mit uns wäre, wenn wir die Gelegenheit nicht nutzen würden, die sich uns heute anbietet. In jedem Fall, lastet die Verantwortung auf meinen Schultern und nicht auf denen eines anderen“. Dieses die Worte von Santos, als er in einer

landesweit übertragenen Ansprache am 27. August 2012 die aktuellen Friedensverhandlungen der Regierung und der Guerilla der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) in Kuba bekanntgab.

Er reagierte damit auf sich verdichtende Meldungen, wonach FARC und Regierung eine Rahmenvereinbarung über die Aufnahme von Friedensgesprächen geschlossen hätten. Die Friedensannäherungen mit der FARC begannen (offiziell) vor sechs Monaten. Die ersten Annäherungsgespräche wurden diskret in La Habana unter Beteiligung von Kuba und Norwegen vollzogen. Santos und die Guerillaorganisation FARC haben bestätigt, dass die offiziellen Gespräche am 8. Oktober 2012 in Oslo beginnen. In einer zweiten Phase würden diese auf Kuba fortgeführt. Ziel sei, erst dann vom Verhandlungstisch aufzustehen, wenn eine vollständige Einigung vorliege.

Auf den ersten Blick eine kluge Agenda für den Verhandlungsprozess

Was ist dieses mal anders als bei bisherigen (gescheiterten) Verhandlungen? Ein wichtiger Unterschied besteht in der Agenda, bzw. in dem Fakt, dass es eine abgestimmte, überschaubare Agenda überhaupt gibt. Fünf Punkte sollen verhandelt werden:

1. Die Ländliche Entwicklung: dieser für einen Außenstehenden auf den ersten Blick zumindest als prioritäres Thema seltsame Punkt ist ein Kernanliegen der FARC, deren Anfänge u.a. in der Forderung nach einer gerechteren Landverteilung

**KOLUMBIEN**

DR. HUBERT GEHRING

September 2012

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

lung zu suchen sind. Kolumbien ist heute noch eines der Länder mit der größten Schere zwischen arm und reich. 52% der fruchtbaren Ackererde stehen im Eigentum von 1,5 % der Bevölkerung.

2. Garantien für die politische Opposition: Für die Guerilla ist dies ebenfalls ein wichtiger Punkt, kann sich heute noch kaum ein kolumbianischer Zeitgenosse vorstellen, dass Ex-FARC-Guerilleros in Zukunft am Nebentisch eines Kaffees in Bogota (unbehelligt) ihren Cafe Tinto trinken werden. Vor allem aber geht es um Sicherheitsgarantien für die Ausübung politischer Opposition durch Ex-Guerilleros und sonstige Anhänger des linken Spektrums, die in der Vergangenheit gewaltsam verhindert wurde. Namhafte Politiker des linken Spektrums sind in der Vergangenheit politischen Anschlägen durch rechtsextreme Gruppen zum Opfer gefallen. Dies hat die FARC in Ihrer Überzeugung, dass nur der bewaffnete Kampf zum Erfolg führe, bestärkt.

3. Ende des bewaffneten Konflikts: Dieser Punkt umfasst die Demobilisierung der Guerilla, einen Waffenstillstand und die Reintegration der FARC in das zivile Leben, im Zusammenhang mit allen Vorkehrungen der Regierung, um die Beendigung des Konflikts zu garantieren.

4. Ende des Drogenhandels: Wiewohl die FARC in ihren Anfängen nicht in den Drogenhandel verwickelt war, gehört sie heute zu den großen Produzenten und Händlern. Dies geht soweit, dass die Drogen (vom Militär oft nicht entdeckt) heute sogar per Unterseebooten an den größten Abnehmer, sprich Drogenringe in den USA geliefert werden. Dieser Verhandlungspunkt hängt auch eng mit dem Punkt 1 Ländliche Entwicklung zusammen. Sind die Anführer der FARC aufgrund ihrer Drogeneinnahmen auch in Zukunft nicht auf Büroarbeit oder die Landwirtschaft angewiesen, sieht es bei den FARC-Soldaten anders aus. Ihnen muss eine Perspektive geboten werden, will man nicht das Risiko eingehen, dass sie auch in Zukunft unter anderem Namen und mit anderen Organisationen weiter dem Drogengeschäft nachgehen.

5. Sicherstellung der Opferrechte: Obwohl die Opfer im Friedensprozess grundsätzlich Vorrang haben, wurde dieser Punkt als Nr. 5 definiert. Hintergrund ist offenbar, dass aufgrund früherer Erfahrungen zunächst andere Punkte wie die Landreform geklärt werden sollen. So wurden in der Vergangenheit im Rahmen des Demobilisierungsprozesses der paramilitärischen Gruppen (AUC) Opfer zwar im Rahmen des Gesetzes Justicia y Paz (Gerechtigkeit und Frieden) entsprechend berücksichtigt (Vergabung, Wiedergutmachung und Nicht-Wiederholung), aber eben vornehmlich auf dem Papier. Im Rahmen der Umsetzung gab es große Kritik. Diese Verhältnisse will man dieses Mal offensichtlich vermeiden.

Santos nahm zu Details der Verhandlungsthemen nicht Stellung, hob aber hervor, dass es momentan keine Waffenruhe gebe. „Diese Verhandlungen sind anders, da sie kein entmilitarisiertes Gebiet und keine Waffenruhe vorsehen. Diese Gespräche sind ferner anders als die bisherigen, da die Verhandlungen außerhalb von Kolumbien geführt werden, damit sie diskret und seriös fortgesetzt werden können“, betonte Santos. Nach Bekanntwerden der Nachricht erklärte sich auch die zweite, kleinere Guerillaorganisation Nacionales Befreiungsheer (ELN) gesprächsbereit. Dafür gebe es keine Vorbedingungen von Seiten des ELN, allerdings auch keinen Waffenstillstand, erklärte Nicolás Rodríguez alias Gabino. Santos zufolge stehe dem nichts entgegen.

Das ELN hat in den vergangenen 15 Jahren immer wieder eine Annäherung an die Regierung gesucht, darunter einmal auch unter deutscher Vermittlung. Die FARC hat erstmals unter Präsident Belisario Betancur (1982-1986) verhandelt, der einen Waffenstillstand vereinbaren konnte, der aber nicht lange hielt. Zuletzt hat sie zwischen 1999 und 2002 mit der Regierung Pastrana verhandelt. Diese Verhandlungen scheiterten und endeten in einem politischen Fiasko, als ans Licht kam, dass die Guerilla die für die Verhandlungen entmilitarisierte Zone ge-

**KOLUMBIEN**

DR. HUBERT GEHRING

September 2012

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

nutzt hatte, um Waffenhandel, Drogenschmuggel und Entführungen zu intensivieren. Nach dieser Enttäuschung im Jahr 2002 wurden bis heute keine Friedensverhandlungen mehr geführt. Das Thema ist höchst sensibel in einem nach fünf Jahrzehnten internen bewaffneten Konflikts traumatisierten Kolumbien.

**Und was wenn der Frieden tatsächlich kommt?**

Aber was wäre denn tatsächlich möglich, wenn der Frieden käme? An dieser Stelle seien einige Gedanken zu dem momentan noch Undenkbaren erlaubt.

Das gesellschaftliche Entwicklungspotential, in einem befriedeten Kolumbien wäre ohne Zweifel enorm. Reformen wie z.B. im Bildungsbereich oder im Gesundheitsbereich wären wahrscheinlich leichter durchzusetzen, ebenso Maßnahmen zur Verringerung der organisierten und gemeinen Kriminalität.

Ohne Zweifel würde Kolumbien auch einen Schub im Wirtschaftssektor erleben, dies gilt für bisher unsichere Regionen und Wirtschaftsstandorte im Land, aber auch für das Land als Investitionsstandort insgesamt. Was hier bei einem umfassenden Frieden denkbar wäre zeigt allein schon eine Kennziffer aus dem Jahr 2011, nämlich die des Wirtschaftswachstums von 5,9% - und das trotz des anhaltenden Konflikts! Wenn man dann noch die Möglichkeiten zur Verbesserung der Infrastruktur, der besseren Vernetzung der Produktionsstandorte und die nach einer Versöhnung zu erwartende Aufbruchsstimmung hinzunimmt, könnte manch einer ins Schwärmen kommen und Kolumbien bereits als Gestaltungsmacht im lateinamerikanischen Kontext sehen.

Und die Politik, die politischen Parteien in Kolumbien? Für den durchschnittlichen kolumbianischen Politiker sind dies natürlich aufregende Tage und Monate. Bei einem erfolgreichen Abschluss der Gespräche wäre das Szenario relativ klar. Präsident Santos und seine Partei „de la U“ wären ohne Zweifel die Gewinner und

mit ihnen all diejenigen, die den Verhandlungsprozess unterstützt haben. Die Wiederwahl von Santos in 2014 wäre wohl gesichert (wenn er denn überhaupt antreten würde). Von Interesse könnte die Entwicklung des linken Rands des Parteienspektrums sein, sprich die Frage wo sich die dann Ex-Guerilleros politisch engagieren. Hier wäre es denkbar, dass z.B. die Partei „Polo Democrático Alternativo“ Aufwind erhält, eine Partei, die bis dato, obwohl im Parlament vertreten, eher noch den Charakter einer Splitterpartei hat. Eine andere Variante wäre, dass die dann Ex-Guerilla mit einer eigenen Partei antritt. Das Wählerpotential für eine solche Gruppe wird auf etwa 10-15 % geschätzt.



Präsident Juan Manuel Santos und sein Vorgänger Alvaro Uribe

Viel unsicherer und volatiler wäre die Situation im Bereich der Parteienlandschaft bei einem Scheitern der Gespräche. Der innerparteiliche Gegner von Santos, Ex-Präsident Uribe, würde dann aller Voraussicht nach seine Bewegung „Puro Centro Democrático“ zur Partei weiterentwickeln und die Parteimitglieder vom rechten Rand der „de la U“ mitnehmen. Die Folge wäre eine Spaltung und Schwächung der Präsidentenpartei „de la U“. Dieses Szenario könnte aber auch Auswirkungen auf die Partido Conservador haben, die sich einerseits Hoffnung macht, dann auch einige Parteimitglieder der „de la U“ zu sich herüberzuziehen, andererseits aber wohl auch Gefahr laufen würde, das ein oder andere Parteimitglied an die dann neue Uribe-Partei zu verlieren. Man sieht, im Falle des Scheiterns der Gespräche ist vieles möglich im kolumbianischen Parteienbereich, vor allem weil ein Parteienwechsel hierzulande nichts Ungewöhnliches ist. Manch einer

**KOLUMBIEN**

DR. HUBERT GEHRING

September 2012

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

hat im linksextremen Bereich begonnen und endet nach mehreren Zwischenstationen auf seine alten Tage auf der rechten Seite des Parteienspektrums.

**Ausblick auf die nächsten Wochen und Monate**

Aber noch ist es nicht soweit. Für Santos wird es in den nächsten Wochen und Monaten jetzt zunächst darauf ankommen, zumindest einen der massivsten Kritiker, seinen Vorgänger Alvaro Uribe einzubinden oder ihn sich zumindest nicht zum offenen Feind zu machen. Dabei war es Uribe, der von 2002-2010 mit seiner harten und konsequenten Sicherheitspolitik und mit Hilfe der USA die FARC militärisch entscheidend geschwächt hatte und damit auch den Boden für die jetzige Verhandlungsbereitschaft der Guerilla bereitet hat. Für Juan Manuel Santos ist es eine gute Gelegenheit, die Schwäche der FARC zu nutzen, um das Land in den Frieden zu führen. Mit dem Schlag gegen Alfonso Cano (der FARC-Führer wurde am 4. November 2011 bei einem Militärschlag getötet) hat übrigens auch er bewiesen, dass er seinem Vorgänger Álvaro Uribe in der Entschlossenheit zum militärischen Kampf in nichts nachsteht.

Nun sind der kolumbianische Präsident, die verhandelnden Parteien und die kolumbianische Gesellschaft gefordert, einen Prozess der Demobilisierung der Guerilla im Lande zu gestalten, der die Gewalt als alltägliche Erfahrung beendet. Dies wird die Bereitschaft des ganzen Landes erfordern, sich dieser Herausforderung zu stellen, die Vergangenheit zu bewältigen, alte Wunden zu schließen, gemeinsame Zukunftsperspektiven zu entwickeln und eines Tages vielleicht auch zu vergeben.

**Kritische Stimmen nicht zu überhören**

Wohl auch wegen der schlechten Verhandlungserfahrungen mit der FARC in der Vergangenheit gibt es im politischen Bereich aber auch skeptische Stimmen. Ex-Präsident Uribe kritisiert am härtes-

ten: „das ist ein Prozess zur Übergabe Kolumbiens an den chavistischen Terror“, oder „...Würden sie (die Regierung) mit Al Qaeda verhandeln? Was für einen Unterschied gibt es zur FARC?“. Zwar sind die offiziellen Statements aus den Parteien de la U, Partido Conservador und auch der Liberalen Partei fast durchweg positiv (gehören doch alle der Regierung an), spricht man aber mit Politikern im kleinen Rahmen, sind nicht selten auch sehr skeptische Stimmen zu hören, die befürchten, Santos werde den FARC zu sehr nachgeben, und die Themen Opferrechte auf der einen Seite und Amnestien auf der anderen Seite würden in eine falsche Richtung laufen. Kritiker führen auch immer wieder an, dass der Friedensprozess nicht nur auf einem politischen Bein, sondern auch auf einem rechtsstaatlichen Bein stehen müsse (dazu mehr im nächsten Abschnitt).

Spannende Monate sind also in Kolumbien zu erwarten. Das Zeitfenster ist wegen der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2014 nur begrenzt offen. Santos hat schon klargestellt, dass er bis Mitte 2013 Ergebnisse erwarte. Dass eine mögliche Lösung letztendlich nicht ohne schmerzhaftes Kompromisse und Strukturveränderungen etwa beim Landbesitz und bezüglich des Zugangs zu Entscheidungspositionen im Lande möglich sein werde, dürfte allen Beteiligten klar sein. Auch die Reintegration der Binnenflüchtlinge ist nach wie vor eine offene Frage, die etablierte Machtkartelle berührt. Einige Kreise verdienen auch mit oder gerade wegen der FARC sehr gut im Rahmen der jetzigen Situation. Und so ist nicht nur die Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft der FARC und der Regierung maßgeblich für einen eventuellen zukünftigen Frieden, sondern auch die Frage, ob etwa die mächtigen regionalen Eliten Kolumbiens bei einer Landreform zu Zugeständnissen bereit sind.

Präsident Santos auf jeden Fall tut das Richtige indem er die Gelegenheit für Friedensverhandlungen beim Schopfe packt.



# LÄNDERBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**KOLUMBIEN**

DR. HUBERT GEHRING

September 2012

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)



Konrad  
Adenauer  
Stiftung